



Foto: dpa

Angela Merkel: Für eine Politik des **Ausgleichs**

In der Aussprache über die Regierungserklärung hat die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel einen „Sechs-Punkte-Plan“ zur Weiterentwicklung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vorgestellt. Angesichts der „gra-

vierenden Spaltung“ innerhalb der Europäischen Union sowie zwischen EU und NATO im Verlauf der Irak-Krise stehe dieses Thema jetzt auf der Agenda, sagte die Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag.

INHALT

LAURENZ MEYER:

Seit der Wahl: Wieder ein
verlorenes halbes Jahr
SEITE 7

ZUWANDERUNG:

CDU/CSU-Innenpolitiker
geschlossen dagegen
SEITE 8

KATHERINA REICHE:

Bundesregierung hat bei
beruflicher Bildung versagt
SEITE 12

■ Angela Merkel: Für eine Politik des Ausgleichs (Titelgeschichte); ■ Aufgelesen: Pressestimmen zum Irak-Konflikt (Seite 4) ■ www.cdu.de – Informationen zum Irak-Konflikt (Seite 5) ■ JU startet Kampagne „Saddam entwaffnen“ (Seite 6) ■ Laurenz Meyer – Seit der Wahl: Wieder ein verlorenes Jahr (Seite 7) ■ CDU/CSU-Innenpolitiker geschlossen gegen rot-grünes Zuwanderungsgesetz (Seite 8) ■ Laurenz Meyer: Muss der Kündigungsschutz radikal verändert werden? (Seite 10) ■ Erfolge bei Kommunalwahlen – Kreis Pinneberg und Bad Kreuznach (Seite 11) ■ Katherina Reiche: Bundesregierung hat bei beruflicher Bildung versagt (Seite 12) ■ RCDS wählt neuen Bundesvorstand (Seite 14) ■ Aktuelles aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 15) ■ Neue Werbemittel (Seite 18)

IMPRESSUM



Die Aufgabe der deutschen Außenpolitik bestehe nach dem Ende des Kalten Krieges insbesondere darin, neue Begründungen für ihre beiden Pfeiler europäische Einigung und transatlantische Beziehungen zu formulieren. Darüber müsse verstärkt mit „den Menschen in diesem Land diskutiert werden“, forderte Angela Merkel.

Mit Blick auf die vielen Bruchlinien in der Europäischen Union zwischen großen und kleinen, alten und neuen Mitgliedstaaten müsse die Bundesrepublik eine „Politik des Ausgleichs“ betreiben. Dies lege allein schon die geografische Lage des Landes und seine Geschichte nahe. Die deutsche Regierung werde dieser Rolle am ehesten gerecht, wenn sie als „integrative Kraft“ wirke und auf „Sonderwege“ oder „Rand- und Maximalpositionen“ verzichte. Die zentrale „Führungsaufgabe der Politik“ bestehe darin, der eigenen Bevölkerung die im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

beschlossene Position zu erläutern und letztlich auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Solide Vertrauensbasis mit den USA erforderlich

Eine europäische Einigung sei nur mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik möglich und diese gebe es nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern nur auf einer soliden Vertrauensbasis mit ihnen. Dies habe die Irak-Krise deutlich gezeigt. Europa sei auf Grund seiner militärischen Schwäche nicht in der Lage, selbst Konflikte einzudämmen, wie beispielsweise im Kosovo. Deshalb „brauchen wir die NATO“, bekräftigte die CDU-Vorsitzende. Es könne auch keine „Äquidistanz“ der Europäer zu den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite geben. In diesem Zusammenhang sprach sich Merkel dafür aus, ein europäisches Truppenkontingent in die NATO zu inte-

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

gieren und im Krisenfall am Aufbau eines militärischen Druckpotentials zu beteiligen.

■

Europäer warten auf Taten der Bundesregierung

Die CDU-Vorsitzende sagte weiter, es helfe wenig, wenn aus der „gemeinsamen Bedrohungsanalyse“ nicht auch der „gemeinsame Wille“ folge, die notwendigen politischen und militärischen Mittel zur Krisenintervention bereit zu stellen. „Wir müssen aufpassen, dass wir fähig sind, den Bedrohungen materiell zu begegnen“, betonte Merkel. Auch hier warteten die Europäer auf „Taten“ der Bundesregierung, nicht auf „Worte“. Außerdem plädierte die Oppositionsführerin für eine Stärkung der Vereinten Nationen. Hier gebe es durchaus politische Gemeinsamkeiten mit der Bundesregierung. Allerdings müsse sie auch willens sein, ihre „politische Führungsaufgabe“ wahrzunehmen, und zwar unabhängig von „aktuellen Umfragerwerten“. Die Union werde auch künftig unmissverständlich für die Bewahrung des „Friedens in Freiheit und Gerechtigkeit“ kämpfen.



■

„Können nicht neutral sein“

Mit Blick auf den Irak-Konflikt stellte die CDU-Vorsitzende fest, dass der Tod von Menschen immer eine „Niederlage von Politik und Diplomatie“ bedeute. Eine Niederlage auch deshalb, weil es nicht gelungen sei, den irakischen Diktator Saddam Hussein mit friedlichen Mitteln zu entwaffnen. Jetzt sei der Krieg „traurige Realität“. „Wir alle können in dieser Auseinandersetzung der alliierten Streitkräfte mit dem Diktator Saddam Hussein nicht neutral sein, sondern wir alle stehen an der Seite derer, die für die Demokratie kämpfen“, unterstrich Angela Merkel. Dies erwarte sie auch von der Bundesregierung. In der

Stunde der Risiken sollte sie wissen, wer Freunde und Partner sind.

Merkel hielt dem Bundeskanzler vor: „Sie haben den Krieg wahrscheinlicher und nicht unwahrscheinlicher gemacht.“ Entgegen ihren Behauptungen habe die rot-grüne Bundesregierung eben nicht alle Anstrengungen zu einer friedlichen Konfliktlösung unternommen. Die einzige Chance für eine friedliche Entwaffnung hätte darin bestanden, gemeinsam Druck der Staatengemeinschaft aufzubauen, und dabei auch militärisches Vorgehen nicht kategorisch auszuschließen. Dies haben die UNO-Inspektoren gegenüber der „ZEIT“ bestätigt und Schröders Politik „als verrückt“ bezeichnet. **UD**



Merkel hält Kurs

Angela Merkel, die Frau auf der Kommando-Brücke des Schlachtschiffs CDU, hält Kurs. Doch in der Offiziersmesse grummeln einige, und auf dem Mannschaftsdeck wird laut geflücht. Kein Zweifel: Die militärischen Schwierigkeiten der USA im Irak, vor allem aber die wachsende Abneigung der Deutschen gegen diesen Krieg, machen viele in der Union nervös. Rette sich, wer kann, lautet die Parole – durch Distanz zu Amerika. Ob dieser Krieg sein musste – darüber lässt sich trefflich streiten. Was aber empfehlen die Merkel-Kritiker jetzt? Sollen die US-Truppen etwa schmachvoll abziehen? Sollen die USA den Tyrannen von Bagdad triumphieren und weiterhin die ganze Region bedrohen lassen? Natürlich ist es nicht angenehm, selbst dann Kurs zu halten, wenn die Mehrheit der Wähler anderer Meinung ist. Aber war das anders, als Erhard die soziale Marktwirtschaft, Adenauer die Wie-

derbewaffnung und Kohl die Nachrüstung durchgesetzt haben? Die CDU/CSU war immer dann stark, wenn sie den Weg wies, nicht, wenn sie der öffentlichen Meinung hinterherlief.

Bild-Zeitung/1. 4. 2003

Richtiges Handeln

Angela Merkel geht mit ihrer klaren Unterstützung für die USA ein hohes politisches Risiko ein. Aber die CDU-Vorsitzende handelt richtig. Es ist nicht nur aus Gründen der demokratischen Vielfalt wünschenswert, dass in einer so umstrittenen Frage wie dem amerikanischen Vorgehen in Irak politische Alternativen präsentiert werden. Es liegt auch im außenpolitischen Interesse des Landes, dass in der aufgeheizten öffentlichen Debatte an strategische Prioritäten erinnert wird. Was immer man vom Irak-Krieg halten mag – Deutschland bleibt sicherheitspolitisch und ökonomisch gut beraten, auch in Zukunft auf enge Koopera-

tion mit der Supermacht USA zu setzen. Merkel zeigt Mut und Führungsstärke, wenn sie die transatlantische Bindung auch in einer Lage betont, in der das äußerst unpopulär ist.

Financial Times
Deutschland/1. 4. 2003

Auch Kohl wurde bestätigt

Vorsitzende großer Volksparteien stehen mehr im Sturm als in der Sonne. Angela Merkel hat sich entschieden, in dieser unruhigen Zeit dem Druck in aller Härte stand zu halten, sich nicht von öffentlichen Stimmungsbewegungen erfassen und schon gar nicht in ihrem Führungsanspruch zurückdrängen zu lassen. Sie ist weiter davon überzeugt, dass es richtig ist, eisern an der Seite der USA zu stehen. Sie nimmt auch nichts von dem zurück, was sie als Mitschuld Schröders im Parlament so formulierte: der Anti-Kriegs-Kurs des Kanzlers habe den Weg in den Krieg erst geebnet. Die Schärfe

der Auseinandersetzungen erinnert an die Nachrüstungs-Debatte der 80er Jahre, als letztendlich Schmidt und Kohl mit ihren harten Positionen an der Seite der USA im Ergebnis bestätigt wurden.

Kölner-Stadt-Anzeiger/
2.4.2003

Vom Ende her gedacht

Merkels Position ist vom Ende her gedacht. Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird die Solidarität mit den Amerikanern und ihren Opfern wachsen. Wird der Krieg schnell beendet, ist erst recht

ein starkes Europa an der Seite der USA gefragt um beim Wiederaufbau die Völkergemeinschaft wieder zusammenzuführen und Europa mehr Gewicht zu geben. Die Anbindung an die USA wird für Deutschland alternativlos bleiben.

Schwäbische Zeitung/
2.4.2003

WWW.CDU.DE

Informationen zum Irak-Konflikt

Ausführliche Informationen zum Irak-Konflikt und den Positionen der CDU sind von der Online-Redaktion des Konrad-Adenauer-Hauses in den vergangenen Tagen zusammengestellt worden. Auf der Homepage unter www.cdu.de finden Sie einen direkten Link zu den Irak-Sonderseiten.

Dort sind ausgewählte Interviews und Reden von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Volker Rühe hinterlegt. Außerdem sind hier alle Beschlüsse des Partei- und Fraktionsvorstandes verfügbar.

Ergänzt wird dieses Archiv durch Hintergrundinformationen und weiterführende Links. So bekommen Sie über die Sonderseiten beispielsweise Zugang zu den Seiten der Gesellschaft für bedrohte Völker, die in einer „Chronik des Schreckens“ die Verbrechen des Regimes von Saddam Hussein aufgelistet hat. Weiterhin finden Sie eine Studie der unabhängigen Stiftung für Wissenschaft und Politik, die sich mit der Frage beschäftigt, ob die „Blut-für-Öl-Hypothese“ haltbar ist.

Die Sonderseiten werden laufend aktualisiert und den

Entwicklungen im Irak angepasst. Den Schwerpunkt bilden dabei selbstverständlich politische Bewertungen und Einschätzungen des Geschehens, nicht die Berichterstattung über Frontverläufe. Für diesen Zweck bieten wir Ihnen den Zugriff auf die Irak-Specials großer Nachrichtenportale wie Die Welt, Focus und Spiegel-Online.

Zusätzlich finden sich im internen Mitgliedernetz unter www.cdunet.de weitere Informationen und die Möglichkeit, sich mit anderen Mitgliedern über die Positionen der CDU auszutauschen.

Junge Union **startet** in Hessen Kampagne „Saddam entwaffnen!“

In Zeiten des Krieges verlangen die Mitglieder eines Verbandes mehr denn je nach einem konstruktiven Denkansatz. Auch in den Reihen der Jungen Union Deutschlands mehrten sich die Anfragen per Email – nicht nach einer Sprachregelung, sondern vor allem nach einem Statement.

So nutzte der JU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder (23) eine Einladung zu „NBC Giga“ und stellte dort die neue Kampagne des Bundesverbandes der Jungen Union vor: „Saddam entwaffnen!“ Prägnant der Slogan, präzise seine Ausrichtung: Es geht bei dem Militäreinsatz im Nahen Osten um das Vermeiden von Greueln eines ohnehin längst gescheiterten Diktators. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter, dem außenpolitischen Sprecher der Jungen Union, André Stolz, bekennt sich Mißfelder klar zur transatlantischen Partnerschaft.

„Zum Bush-Kurs kann und soll es verschiedene Standpunkte geben. Viele Jugendliche und junge Erwachsene demonstrieren für den Frieden – sie sind deshalb

jedoch nicht generell anti-amerikanisch eingestellt“, stellt Mißfelder fest. „Über den Weg zu einem verlässlichen Frieden, den alle wollen, soll diskutiert werden. Klar ist jedoch: Die jahrzehntelange Freundschaft zwischen Deutschland und den USA darf durch diese Diskussionen nicht gefährdet werden.“

Mißfelder spricht auch das unglückliche Agieren der Bundesregierung an, dass für ihn „um so fataler“ sei, da die Regierung Vertrauen zerstöre und einen „massiven Schaden“ hinterlasse.

Die Unterzeichnerliste auf der Homepage des Jugendverbandes spricht für sich: Bereits in den ersten Stunden nach ihrer Freischaltung zählte die Vereini-



JU-Bundesvorsitzender
Philipp Mißfelder

gung der Jungunionisten mehrere hundert Einträge.

Auf der Homepage ruft der Bundesverband der Jungen Union nun auch zu Spendenaktionen für die Not leidende Bevölkerung auf und empfiehlt in einer Auflistung Spendenkonten wichtiger Hilfsorganisationen.



LAURENZ MEYER:

Seit der Wahl: Wieder ein **verlorenes** halbes Jahr

Bei Schröder fällt das Frühjahr aus: Statt kräftiger Erholung nach der Winterpause steigen die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen immer weiter.

Der schlechteste März-Wert seit Schröders Dienstantritt, der zweitschlechteste seit der Wiedervereinigung – der Kanzler, der sich einst an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen wollte, bringt außer immer neuen Rekorden nichts zustande. Schröders Mann in Nürnberg gibt resignierend zu: Es werde wohl noch schlimmer kommen. Gerster hat offenbar erkannt: Ein Kanzler, dessen Politik Wirtschaft und Bürgern schon lange nichts mehr zutrauen, wird auch zukünftig nicht die drängenden Probleme lösen können.

Die soziale Kälte in Deutschland hat unter dem sozialdemokratischen Kanzler zugenommen. Opfer der Regierung Schröder sind vor allem die Neuen Länder, die sich unter diesem Kanzler immer weiter von der gesamtdeutschen Entwicklung abkoppeln. Die Förderprogramme müssen komplett



überdacht werden, denn immer neue Flops von „Jump“ bis „Kapital für Arbeit“ bringen offenkundig nichts.

Jugendarbeitslosigkeit steigt weiter

Besonders gravierend: Die Jugendarbeitslosigkeit. Bei den unter 25-Jährigen steigt die Arbeitslosigkeit ungebrochen weiter. Die Zukunftschancen der jungen Leute in den neuen Ländern sind dramatisch schlechter als die im Westen. Gerade für junge Arbeitssuchende ist Schröders Politik ein Aufruf zur Abwanderung aus dem Osten – zumal dank Schröders wirtschaftsfeindlicher Politik. 140.000 Ausbildungsplätze fehlen. Die Regierung Schröder raubt einer ganzen Generation ihre Chancen.

Doch schuld sind für den Kanzler immer die anderen: Der Krieg, die Globalisierung, die Rürup-Kommission. Dabei zeigt der Vergleich mit unseren Nachbarländern, dass Deutschland zuerst die eigenen Hausaufgaben machen muss. Deutschland hat in den vergangenen drei Jahren als eines der wenigen Länder in der EU überhaupt einen Anstieg der Arbeitslosenquote zu verkräften.

Problem heißt Schröder

All dies zeigt: Unsere Probleme sind hausgemacht – unser Problem heißt Schröder. Seit der Wahl ist wieder ein halbes Jahr vergangen, ohne dass die Regierung gehandelt hat. Statt Schröders Mischung aus Larmoyanz, Ankündigungen und Schuldzuweisungen brauchen wir Taten. Der Kanzler muss beweisen, dass er sich gegen die Betonköpfe in seiner Fraktion durchsetzen kann. Denn noch längeres Warten können sich Bürger, Wirtschaft und unser Land nicht leisten.

CDU/CSU-Innenpolitiker **geschlossen gegen** rot-grünes Zuwanderungserweiterungsgesetz

Anlässlich der Innensprecherkonferenz der Unionsfraktionen von Bund und Ländern am 28./29. März 2003 in Saarbrücken erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der innenpolitische Sprecher sowie der Koordinator der Innensprecherkonferenz:

Durch das Beharren von Rot-Grün auf ihrem alten – vom Bundesrat abgelehnten – Gesetzentwurf hat die Bundesregierung einmal mehr gezeigt, dass sie an schnellen und den Interessen unseres Landes dienenden Lösungen in den Bereichen Zuwanderung und Integration nicht interessiert ist.

Deutschland braucht dringend ein neues Zuwanderungs- und Integrationsgesetz, das den Zuzug von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten begrenzt und die Voraussetzungen für eine bessere Integration der dauerhaft und rechtmäßig hier lebenden Ausländer schafft. Dieses Ziel darf auch nicht über EU-Regelungen durch die Hintertür unterlaufen werden. Mit der unveränderten Einbringung des gescheiterten Zu-

wanderungsgesetzes schiebt Otto Schily eine Einigung jedoch auf die lange Bank.

Der Gesetzentwurf spricht im allgemeinen Teil von „Begrenzung und Steuerung“, in den einzelnen Vorschriften des Gesetzes wird jedoch die Ausweitung der ohnehin großen Zuwanderung nach Deutschland vorprogrammiert. Deshalb wird es nicht ausreichen, an einigen wenigen Punkten den rot-grünen Gesetzentwurf zu korrigieren. Vielmehr müssen insbesondere die bislang in alle Richtungen interpretierbaren Regelungsvorschläge von Rot-Grün zielgenau auf eine Zuwanderungsbegrenzung hin konkretisiert werden. Anderenfalls steht zu befürchten, dass das Zuwanderungsgesetz von rot-rot oder rot-grün regierten Bundesländern in ein Zuwanderungserhöhungs- und Aufenthaltungsverfestigungsgesetz uminterpretiert wird.

Beispielhaft seien folgende Änderungsvorschläge der Union genannt, die für die innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU für eine



Zuwanderungsbegrenzung und erfolgreiche Integration Richtung weisend sind:

■ Keine Aufhebung des Anwerbestopps: Der demografisch bedingte Rückgang der Bevölkerung kann nicht durch noch mehr Zuwanderung kompensiert werden. Eine Zuwanderung unabhängig von einem nationalen Arbeitsmarktbedürfnis und ohne Vorliegen eines Arbeitsplatzangebotes ist daher abzulehnen. Bei der dramatischen Lage am Arbeitsmarkt sieht es die Union als unverantwortlich an, den Anwerbestopp generell aufzuheben. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt darf sich nicht an regionalen Gegebenheiten orientieren, sondern muss sich an der Lage im gesamten deutschen Arbeitsmarkt ausrichten. Darauf haben auch BDA und DGB hingewiesen, deren Vorschläge zur Arbeitsmigration von Rot-Grün abgelehnt wurden. Erleichterungen sind jedoch

denkbar bei Saisonarbeitskräften oder beim Zuzug von Höchstqualifizierten.

■ Keine Abschaffung von differenzierten Aufenthaltstiteln: Auch ein neues Zuwanderungsgesetz muss ein abgestuftes System von Aufenthaltstiteln entsprechend dem jeweiligen Aufenthaltswert enthalten. Ausreisepflichtige Ausländer, deren Aufenthalt aus tatsächlichen Gründen nicht beendet werden kann, dürfen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten, da dies ein Anreiz für eine weitere ungesteuerte Zuwanderung wäre. Für diese Fälle muss es weiterhin eine Duldung geben.

■ Keine Zuwanderung aus demografischen Gründen im sogenannten „Auswahlverfahren“: Die demografische Entwicklung in unserem Land ist eine Herausforderung für die Familien- und Gesellschaftspolitik, jedoch kein Grund für eine Ausweitung der ohnehin großen Zuwanderung. Nicht mehr Zuwanderung, sondern mehr Integration ist das Gebot der Stunde. Daher lehnt die Union die Zuwanderung im sogenannten Auswahlverfahren ohne ein nationales Arbeitsmarktbedürfnis und ohne Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebotes ab.

■ Keine Ausweitung der Asylgründe: Die Einfüh-

rung des sogenannten „kleinen“ Asyls für Fälle nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung würde, wie Otto Schily selbst noch 1999 festgestellt hat, zu einer spürbaren Erhöhung des Zuwanderungsdrucks auf die Bundesrepublik Deutschland führen. Eine Aushöhlung des Asylkompromisses von 1992 ist mit der Union nicht zu machen. Deutschland hat seine humanitären Verpflichtungen stets erfüllt. Dies wird auch in Zukunft so sein. Aber wir wollen auch nicht über die Regelungen und Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention hinausgehen.

■ Kein Kindernachzug oberhalb einer Altersgrenze von zehn Jahren: Das Nachzugsalter von Kindern muss auf zehn Jahre gesenkt werden, um eine erfolgreiche Integration in Deutschland, insbesondere durch den Schulbesuch, zu wahren. Die Union plädiert dafür, ausländischen Kindern eine echte Chance zur Integration und Identifikation zu geben. Nur ein frühzeitiger und längerer Aufenthalt kann ein Interesse an Sprache und Kultur und eine dauerhafte Eingliederung gewährleisten. Die Ergebnisse der Pisa-Studie haben gezeigt, dass möglichst früh-

zeitiger Spracherwerb ausländischen Kindern eine sichere Zukunftsperspektive bieten kann.

■ Die Kosten für Sprach- und Integrationskurse können von Ländern und Gemeinden nicht anteilmäßig getragen werden. Bei der Zuwanderung geht Rot-Grün zu weit, bei der Integration nicht weit genug. Der Umfang der Sprach- und Integrationskurse muss gesetzlich geregelt werden. Integration nach Kassenlage darf es nicht geben. Wenn der Bund Rechtsansprüche auf Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen gewährt, dann muss er auch – neben einem von den Ausländern selbst zu tragenden Anteil – die Kosten tragen. Die Länder und Gemeinden sind außer Stande, hierzu einen Beitrag zu leisten. Der Bund kann nicht Rechtsansprüche auf Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen gewähren, aber die Kosten auf andere abwälzen. Außerdem müssen wir mehr für die sogenannte „nachholende Integration“ tun. Völlig verfehlt ist die Absicht von Rot-Grün, die Integrationsleistungen für die deutschen Spätaussiedler drastisch zu reduzieren; auch hier müssen die Integrationsansprüche erhöht werden.

Muss der Kündigungsschutz radikal verändert werden?

Völlig klar: Es muss sich was tun beim Kündigungsschutz. Aber gerade in einer Zeit, in der viele Menschen schon verunsichert genug sind, bringen markige Worte wenig. Die Regierung hat zu dieser Verunsicherung intensiv beigetragen: Dem Kanzler fehlt das Wertegerüst. Er lässt zu, dass sich die Flügel seiner Fraktion mit absurden Vorschlägen überbieten, und für Bürger und Unternehmen bleibt komplette Ratlosigkeit.

Wenn die Politik die Bürger „mitnehmen“, sprich überzeugen will, dann darf sie keine wirre Radikal-Rhetorik betreiben, sondern muss klar und präzise sagen, warum Reformen nötig sind, welche Vorteile sie bieten und was sie kosten. Deshalb setzt das CDU/CSU-Modell für eine Reform des Kündigungsschutzes auf eine klare Philosophie: Rechtssicherheit und Bestandsschutz für alle, die Arbeit haben; Öffnung und Wahlmöglichkeiten für die, die Arbeit suchen. Anders gesagt: Langjährig Beschäftigte brauchen Schutz, denn „hire and fire“ wollen



wir nicht. Andererseits darf das Kündigungsrecht für Arbeitgeber, die einstellen wollen, keinen Hemmschuh darstellen – mehr „hire“ soll herauskommen.

Wahlrecht für Arbeitnehmer

Konkret soll der neu einzustellende Arbeitnehmer beim Vertragsabschluss wählen können: Entweder hält er an den heute schon bestehenden Kündigungsschutz-Regelungen fest. Oder er entscheidet sich für eine gesetzlich festzulegende Abfindung, die je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit variiert. Das Unions-Konzept unterscheidet sich gravierend von dem des Kanzlers: Der lässt den Arbeitnehmern die Wahl zwischen Ab-

findung und Arbeitsgericht, und zwar erst dann, wenn sie gekündigt werden. Schröder will die Schranken für die Kündigungen beseitigen, die Union dagegen die für die Einstellungen. Kurz: Mehr „hire“ bei der Union, schnelleres „fire“ bei der SPD.

Außerdem brauchen wir weniger Bürokratie für den Abschluss befristeter Verträge und einfachere Regelungen bei der Leiharbeit. Und schließlich müssen wir über Reformen bei der „Sozialauswahl“ nachdenken. Ein Handwerksmeister wird kaum einen 38jährigen Familienvater neu einstellen, wenn gleichzeitig schon ein 30jähriger lediger Geselle die Stütze des Betriebs ist. Denn wenn es der Firma mal schlecht geht und Personal abgebaut werden soll, dann müsste er nach dem derzeitigen Recht den 30jährigen zuerst entlassen. Die Frage der Dauer der Betriebszugehörigkeit muss hier eine größere Rolle spielen. Arbeitnehmer und Unternehmen sollen sich über diese Regelungen der Sozialauswahl innerhalb der Betriebe verständigen können. **UD**

KREIS PINNEBERG

Wolfgang Grimme zum Landrat gewählt



Die Erfolgsserie der Schleswig-Holsteiner CDU hält an.

Nach dem landesweiten Erfolg bei der Kommunalwahl am 2. März und dem Sieg von Angelika Volquartz bei der Stichwahl um das Oberbürgermeisteramt in Kiel am 16. März konnte sich jetzt auch der von der

CDU unterstützte unabhängige Kandidat für das Amt des Landrates im Kreis Pinneberg, Wolfgang Grimme, durchsetzen. Bei der Stichwahl erreichte er 53,6 Prozent, die SPD-Gegenkandidatin erhielt nur 46,4 Prozent. Wolfgang Grimme löst damit den Amtsinhaber von der SPD ab, der aus Altersgründen nicht wieder angetreten war.

Der Jubel bei den Christdemokraten im Pinneberger Kreishaus war riesig. Im ersten Wahlgang am 2. März hatte der 38-jährige promovierte Diplom-Kaufmann noch mit 33,3 Prozent um zehn Prozent hinter seiner SPD-Kontrahentin gelegen.

Wolfgang Grimme will den Landkreis als „Manager“ voranbringen. Hierbei kann er im Kreistag auf die

Unterstützung einer gestärkten CDU-Fraktion bauen. Bei der Kreistagswahl am 2. März konnte die CDU mit 51 Prozent die absolute Mehrheit erringen und damit die SPD als stärkste Fraktion im Kreistag ablösen.

Der CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen gratulierte dem neuen Landrat im Namen des CDU-Landesverbandes von ganzem Herzen. „Die hervorragende Stimmung in unserer Partei, die sich auch durch die Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahl in Kiel ausdrückt, wird fortgesetzt. Ich freue mich für die Pinnebergerinnen und Pinneberger, für den CDU-Kreisverband und ganz besonders für Wolfgang Grimme“, erklärte er.

BAD KREUZNACH

Andreas Ludwig neuer Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister in der rheinland-pfälzischen Kreisstadt Bad Kreuznach wird auch künftig von der CDU gestellt.

Bei der erforderlichen Stichwahl erhielt der CDU-Kandidat Andreas Ludwig 51,3 Prozent und wird somit Nachfolger von Oberbür-

germeister Rolf Ebbecke. Die ersten Glückwünsche kamen von dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, der den Wahlsieger als einen „Glücksfall für Bad Kreuznach“ bezeichnete. „Er bringt alle Voraussetzun-

gen für dieses interessante und verantwortungsvolle Amt mit“, sagte er. Der CDU-Landeschef dankte dem bisherigen Amtsinhaber und ist sich sicher, dass Andreas Ludwig an die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers anknüpfen wird.

KATHERINA REICHE:

Bundesregierung hat bei beruflicher Bildung **versagt**

Die Lehrstellensituation verschärft sich zunehmend: Im März stehen deutschlandweit 541.759 Ausbildungssuchenden nur 393.061 Berufsausbildungsstellen gegenüber. Es fehlen also 148.600 Lehrstellen. Allein in den neuen Bundesländern gibt es derzeit rund 105.000 Ausbildungsplätze zu wenig.

Im vergangenen Jahr haben nur etwa 48 Prozent der Jugendlichen eine reguläre Ausbildung begonnen. Über 50 Prozent der Jugendlichen bekamen, wie schon in den Jahren davor, nur Ersatzmaßnahmen angeboten.

Im deutschen Handwerk sind im Jahr 2002 6,5 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Für 2003 wird mit einem weiteren Rückgang von sieben Prozent gerechnet.

Lehrstellenmangel bekämpfen!

Angesichts dieser dramatischen Lage hat die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag jetzt einen Antrag mit dem Titel „Refor-



men in der beruflichen Bildung vorantreiben – Lehrstellenmangel bekämpfen“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.

In der Debatte zu diesem Antrag warf die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Katherina Reiche der Bundesregierung Versagen vor. Die Bundesregierung habe „die Brisanz der Situation regelrecht verschlafen.“ Deshalb wolle die Unionsfraktion mit ihrer Initiative die Bundesregierung aufrütteln, damit diese ihrer Aufgabe, bessere Rahmenbedingungen auf dem Lehrstellenmarkt zu schaffen, endlich nachkomme.

Bereits im Frühjahr 2002 sei die Entwicklung absehbar gewesen. Doch die Bun-

desregierung habe aus wahltaktischen Gründen, den „Mantel des Schweigens“ über das Lehrstellenproblem gebreitet.

In Anbetracht der schwierigen Situation forderte Katherina Reiche eine Modernisierung der beruflichen Ausbildung: „Wenn das System der dualen Ausbildung auch in der modernen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft attraktiv und international wettbewerbsfähig bleibt, müssen strukturelle Veränderungen vorgenommen werden.“

Deshalb seien folgende Maßnahmen notwendig: Die Ausbildungsordnungen müssten hinsichtlich der Ausbildungsdauer und der Praxisorientierung modernisiert werden. Der Ausbildungsrahmenplan müsse regelmäßig an die wirtschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Außerdem müsse die Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft der Unternehmen gefördert werden. Hierzu gehöre auch eine Modernisierung der Ausbildereignungsverordnung. Kleinstbetrieben müsse der Erwerb der Ausbildereig-

nungsverordnung erleichtert werden. Des Weiteren müssten gewerblich-technische Berufe für Auszubildende attraktiver gestalten werden.

Keine Lehrstellen- abgabe

Eine Lehrstellenabgabe, wie vom Bundeskanzler angedroht, lehnte die bildungspolitische Sprecherin ab, da diese kontraproduktiv sei. „Betriebe, denen die Voraussetzungen dafür fehlen, würden zusätzlich belastet; andere könnten sich von ihrer Ausbildungsverpflichtung freikaufen“, betonte sie. Wie ein Damoklesschwert schwebte diese immerwährende Drohung von rot-grün über den Unternehmen. Anstatt die Betriebe zu bestrafen, müssten jedoch Anreize geschaffen werden.

Auch das angekündigte Kreditprogramm sei untauglich, Ausbildungsplätze zu schaffen. „Kredite für Lehrstellen sind wie Kopfschmerztabletten gegen Lungenentzündung. Wir setzen dagegen auf spürbare Entlastung der Betriebe durch Senkung der Lohnnebenkosten.“

Steuern und Sozialabgaben sollten umfassend gesenkt werden, um mit dieser

Entlastung einen größeren Spielraum für neue Ausbildungsplätze in den Unternehmen zu schaffen.

Bundesregierung: „Viel Geld – wenig Handeln“

Weiterhin forderte Katharina Reiche die umgehende Beendigung des erfolglosen JUMP-Programmes. Dieses Programm habe sich als Irrweg erwiesen. „Jährlich 1 Milliarde Euro wurden in das Programm gepumpt. Die Bilanz: Nur 11,2% der Teilnehmer sind in eine Vollbeschäftigung gekommen. Lediglich 10,2% gelangten in eine betriebliche Ausbildung. Viel Geld – wenig Wirkung!“, so Reiche. Die Jugendlichen bräuchten betriebliche Lehrstellen. Nur so hätten sie eine wirkliche Chance im ersten Arbeitsmarkt Arbeit zu finden.

Natürlich sei das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze abhängig von der Zahl der Arbeitsplätze und von der Wirtschaftskonjunktur. Beides sei jedoch unter Rot-Grün auf Talfahrt, konstatierte sie.

„Diese Entwicklung darf jedoch nicht auf dem Rücken der Jugendlichen abgeladen werden“, bekräf-

tigte die Abgeordnete. Deshalb müssten Fachverbände und ihre Präsidenten, der DGB und die Einzelgewerkschaften mit ihren Vorsitzenden, die Bundes- und Landesregierungen und jeder einzelne Abgeordnete vor Ort bei Betrieben und Verwaltungen „Klinken putzen“ gehen und für Ausbildungsplätze werben.

Es sei höchste Zeit zum Handeln, betonte sie abschließend. „Der Zeit der Ankündigungen muss schnellstens die Zeit der Taten folgen.“

CDU MÜNSTER

Bereits 50 Neumitglieder

Nach genau 45 Tagen im neuen Jahr konnte die CDU Münster Klaus-Jürgen Jäger als 50. Neumitglied willkommen heißen. „Das ist mehr als ein neues Mitglied pro Tag“, freute sich auch die Münsteraner Kreisvorsitzende Ursula Schaffstein, die Klaus-Jürgen Jäger jetzt noch einmal persönlich mit einer Biographie des ehemaligen CDU-Kreis- und Ehrevorsitzenden Heinrich Morthorst in der CDU begrüßte.

RCDS wählt **neuen** Bundesvorstand

Bei der 56. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im hessischen Schmitten ist ein neuer Bundesvorstand gewählt worden.

Barbara von Wnuk-Lipinski, auch Mitglied im Bundesvorstand der CDU, wurde in ihrem Amt als Bundesvorsitzende des größten politischen Studentenverbandes bestätigt und wird mit einem neuen Team das kommende Jahr bestreiten: Der Passauer Student Benjamin Feindt übernahm das Amt des Bundesschatzmeisters. Neuer stellvertretender Bundesvorsitzender des dreiköpfigen Vorstandes ist Daniel Jungmann aus Karlsruhe.

Als eine der ersten Amtshandlungen wurde der 23-jährige Philipp Missfelder, Chef der Jungen Union Deutschlands, in den RCDS-Bundesvorstand kooptiert. „Dies ist ein Novum in der über 50-jährigen Geschichte des Studentenverbandes und ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Jugendverbände der Union auch in Zukunft verstärkt miteinander zusammen arbeiten“, sagte Barbara von Wnuk-Lipinski. Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit



von links: Benjamin Feindt, Barbara von Wnuk-Lipinski, Daniel Jungmann

des Verbandes wird im kommenden Amtsjahr die Europapolitik sein, da sich im September die europäischen Bildungsminister in Berlin treffen, um über die allgemeine Standards von Studienabschlüssen zu beraten. Der RCDS fordert die konsequente Einführung der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master, um für ausländische Studenten attraktiver zu werden und gleichzeitig die Chancen auf einem globalen Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Qualität dieser neuen Abschlüsse muss deshalb durch unabhängige Akkreditierungsagenturen gewährleistet werden.

Wichtig wird vor allem sein, dass im Ausland besuchte Seminare und Vorlesungen auch in Deutschland angerechnet werden und umgekehrt. Um eine europä-

weite Vergleichbarkeit zu gewährleisten, muss sich eine Kreditpunktevergabe, die individuell jeder Lehrveranstaltung zugewiesen wird, nach dem European Credit Transfer System (ECTS) richten. „Die größte Schwierigkeit hierbei besteht darin, dass jeder Professor meint, das gerade von ihm unterrichtete Fach sei das Wichtigste und qualitativ Hochwertigste. Deshalb versperren sich viele gegen einen objektiven Bewertungsstandard wie ECTS“, so Barbara von Wnuk-Lipinski.

Im Oktober will der Bundesvorstand mit einer sechswöchigen Bustour durch die Hochschulstädte Deutschlands für die Erweiterung der EU werben. Gerade für die ostdeutschen Hochschulen könnte die Öffnung Europas eine Stärkung der Standorte bedeuten. 

HARTMUT SCHAUERTE:

Schon wieder Drehen an der Steuerschraube



Zur geplanten Bundesrats-Initiative der SPD-Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin zur Erhöhung der Erbschaftsteuer erklärt der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach fünf Stufen Öko-steuer, Erhöhung der Versicherungssteuer, Erhöhung der Tabaksteuer und dem „Steuervergünstigungsab-gesetz“ mit seinen 41 Steuererhöhungsvarianten wollen jetzt die SPD-Lan-despolitiker aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-West-falen und Berlin erneut an der Steuerschraube drehen.

Wer in der jetzigen labilen wirtschaftlichen Lage nichts besseres zu tun hat, als öffent-lich über weitere Steuer-erhöhungen zu philosophieren, der schafft eine unnötige und gefährliche Verunsicherung

in einer Situation, in der vor allem der Mittelstand Auf-bruchsignale von der Finanz-und Wirtschaftspolitik erwar-tet. Diese Diskussion kommt zur Unzeit und erschwert nur die dringend notwendigen Reformen auf dem Arbeits-markt und bei den Sozialen Sicherungssystemen, die es jetzt voranzutreiben gilt.

In den kommenden Jah-ren werden für viele Unter-nehmen Nachfolger gesucht. Die schwierige Generatio-nenbrücke im Mittelstand zur Übernahme von Betrieben ist bei einer weiteren Erb-schaftsteuererhöhung in ho-hem Maße einsturzgefährdet. Rund 80% des Erb-schaftssteuer-Aufkommens, das von rund 1,5 Mrd. Euro in 1990 auf derzeit über 3 Mrd. Euro pro Jahr angestiegen ist, wird derzeit vom Mittelstand getragen.

Eine Verschärfung der Erbschaftsteuer für Immobilien und Betriebsvermögen ohne vernünftige Regelungen zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge wäre ein Mittelstandsvernich-tungsprogramm, das nur zur weiteren Konzentration in der Wirtschaft und zu wei-teren Arbeitsplatzverlusten führen würde. So notwendig eine Erbschaftssteuerreform auch sein mag, hier sind kluge Lösungen und nicht Schnell-lösungen zur Unzeit gefragt.

PETER PAZIOREK:

Quo vadis, Herr Trittin?



Anlässlich der Äußerun-gen von Bundesumweltmi-nister Trittin zum Wehretat erklärt der umweltpoli-tische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Man höre und staune: Umweltminister Trittin lehnt die vom Kanzler erwogene Erhöhung des Verteidigungs-haushaltes ab.

Trittin ist also amtsmüde; er kümmert sich um alles Mögliche, nur nicht um sein Ressort. Er ist der Richard Kimble der deutschen Um-weltpolitik: Ein Mann auf der Flucht vor umweltpoliti-sche Themen, ein Mann ohne umweltpolitische Vision. Seine Bilanz:

■ In der Klimaschutzpoli-tik stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Das Klima-schutzziel, das im Klima-schutzprogramm des Jahres 2000 festgelegt wurde, näm-lich bis zum Jahre 2005 ein Minus von 25 Prozent beim

CO₂-Ausstoß, wird nicht erreicht werden. Diese Regierung hat klimapolitisch versagt, wir liegen bei einem Minus von ca. 16,5 Prozent. Und es ist sicher: Wenn der Trend so weiter geht, wird das Ziel in 2012 auch nicht erreicht.

■ Die Abfallpolitik. Zwei neue Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung haben gezeigt, dass das deutsche Abfallrecht nicht so bleiben kann, wie es ist. § 6 Kreislaufwirtschafts/Abfallgesetz ist durch den Europäischen Gerichtshof verworfen worden. In Folge davon wird die neue Gewerbeabfall-Verordnung ins Leere laufen.

■ Sein Kurs in Sachen erneuerbaren Energien ist nicht mehr nachvollziehbar. Mit einem Eckpunktepapier zur EEG-Novelle zeigt der Minister, wie gering er die augenblickliche Problemlage wertet: überzogene Förderung der Windkraft an nicht windgünstigen Standorten, zu geringe Förderung von Biomasse und Biogas und die Frage der volkswirtschaftlichen Gesamtkosten.

■ Die Entscheidung, einen Off-shore Windpark vor Sylt in einem ausgewiesenen Vogelschutzgebiet zu genehmigen. Es ist unfassbar: Ein Bundesumweltminister löst den Konflikt Windkraft-Natur-

schutz nicht, nein, er provoziert geradezu den Konflikt.

■ Was ist mit der Zusage der rot-grünen Bundesregierung an die Naturschutzverbände, 100.000 Hektar an Naturschutzflächen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in zwei Stufen diesen Verbänden zur Pflege zu übergeben?

■ Bei der Endlagerfrage stellt Trittin sozialwissenschaftliche Kriterien auf die gleiche Stufe mit naturwissenschaftlichen Kriterien, was in höchstem Maße bedenklich ist. Wer Sicherheit für ein Endlager verlangt, der muss letztlich nach naturwissenschaftlichen Kriterien entscheiden.

■ Der Minister provoziert das Scheitern der Novelle zur Verpackungs-Verordnung. Bis jetzt liegt noch keine mehrheitsfähige Novelle vor.

Quo vadis, Herr Minister?!

GERLINDE KAUPA:

Dem Tabakkonsum Einhalt gebieten

Zu den heute am 1. April 2003 in Kraft tretenden Neuregelungen im Jugendschutzgesetz erklärte die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ab dem 1. April 2003 ist der Verkauf von Tabakwaren in Deutschland erst ab 16



Jahren zulässig. Auch das Rauchen in der Öffentlichkeit ist dieser Altersgruppe nicht gestattet. Zu begrüßen ist ebenso die Einschränkung der Werbung für Tabakwaren und alkoholische Getränke im Kino vor 18 Uhr.

Gerade hinsichtlich der Zunahme von jugendlichen Rauchern und des gesunkenen Einstiegsalters bezüglich des Rauchens auf 13 1/2 Jahre sind diese Maßnahmen im Jugendschutzgesetz sehr zu befürworten. 28% der 12- bis 17-jährigen sind Raucherinnen und Raucher, wobei der Anteil der Mädchen bei 21% und der Anteil der Jungen bei 18% liegt. Auch liegt die Zahl der tabakbedingten Todesfälle mit über 140.000 Menschen jährlich viel zu hoch. Laut den Angaben des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen belaufen sich die durch das Rauchen verursachten Kosten auf etwa 17 Mrd. Euro.

Gesetzliche Maßnahmen alleine, die den Zugang und

die Verfügbarkeit von Tabakwaren erschweren, reichen jedoch nicht aus. Dazu gehört auch, dass sich in der Gesellschaft das Bild des Rauchens nachhaltig verändert. Nicht-rauchen muss selbstverständlich und der Normalfall werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ein eigenverantwortliches Gesundheitsbewusstsein entwickeln. Präventionsmaßnahmen und Aufklärungskampagnen sowie Hilfen für aufhörbereite Raucher können sinnvolle Wege, um rauchfreies Leben aufzuzeigen. Eine wichtige Rolle spielt auch die Pflicht der Zigarettenverkäufer zur Kontrolle und Überwachung. Sie müssen an ihre Verantwortlichkeit erinnert werden, im Zweifelsfall den Ausweis der Jugendlichen zu verlangen und den Verkauf zu verweigern.

Für Kinder und Jugendliche ist das Verhalten der Erwachsenen prägend. Gerade in der Pubertät experimentieren die Jugendlichen und wollen sich auf die Stufe mit den Erwachsenen stellen.

Wer raucht, gilt als „in“ und „cool“. Dieser gesellschaftlichen Stereotype muss entgegengewirkt werden.

CHRISTIAN RUCK:

Rot-grüne **Verweigerung** beim Irak-Aufbau



Zur Auseinandersetzung mit Bundesministerin Wieczorek-Zeul im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt der für diesen Ausschuss zuständige Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nicht nur die USA, sondern auch die EU-Kommission und andere internatio-

nale Geber bereiten bereits jetzt intensiv den Aufbau und die Demokratisierung des Iraks vor. Nur Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul bezeichnet dies als „noch viel zu früh“ und will den Aufbau nur denen zuschieben, „die bomben und zerstören“. In ihrer anti-amerikanischen Verbohrtheit schließt sie für die Periode einer US-geführten Übergangsverwaltung gar jegliche finanzielle Beteiligung aus. Diese Haltung ist skandalös, weil sie unsere transatlantischen Partner nochmals vor den Kopf stößt. Sie ist aber auch zynisch, weil sie Sand ins Getriebe der internationalen Bemühungen streut, den Irak nach Kriegsende möglichst schnell und nachhaltig zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand zu führen. Und sie ist unverantwortlich, weil auch Europa und unser Land auf eine möglichst baldige und dauerhafte Stabilisierung der nah- und mittelöstlichen Region angewiesen sind.

2,8 MILLIARDEN EURO FEHLEN! Nach einer Mitteilung des haushaltspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, fehlen der Bundesanstalt für Arbeit bereits 2,8 Milliarden Euro im ersten Vierteljahr. Dies geht aus einer der Union vorliegenden Berechnung hervor. Die Kluft zwischen Beitragseinnahmen und Ausgaben wird von Monat zu Monat sprunghaft größer. Es scheint ziemlich sicher, dass die Bundesanstalt für Arbeit die im Haushaltsgesetz vorgesehene Liquiditätshilfe von 7 Milliarden Euro fast komplett als Bundeszuschuss benötigen und damit den Bund konkret belasten wird.

CDU

Dankmedaille

NEU



Als Erinnerung und zum Dank bei vielen Anlässen

Die Vorderseite mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem CDU-Logo in der Mitte.

Die Rückseite mit umlaufender Schrift „Christlich Demokratische Union Deutschlands-Zum Dank“ und dem stilisierten Konrad-Adenauer-Haus in der Mitte.

In Bronze, massiv geprägt,
50 mm Durchmesser, patiniert, im Etui,
Stückpreis 15 €, einschließlich Mehrwertsteuer,
zuzüglich Porto und Verpackung.
Preise für Namensgravur und
Beschriftung der Etuis auf Anfrage.



In Feinsilber 999, massiv spiegelglanzgeprägt,
40 mm Durchmesser, 23 g, im Etui,
Stückpreis 35 €, einschließlich Mehrwertsteuer,
zuzüglich Porto und Verpackung.

Fax-Bestellung

0 22 26-802-111

Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:
(bitte keine Postfachanschrift!)

Name, Vorname/Organisation

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift



Union Betriebs-GmbH · Frau Christa Greef
Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
Telefon 02226/802-102
E-Mail: christa.greef@ubg-medienzentrum.de
www.ubg-medienzentrum.de

Fax 05241. 8041892

Bestellschein Werbeartikel/Plakate

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162
 33759 Versmold

Absender/KV-Nr.
Rechnungsanschrift

--	--	--	--

Lieferanschrift
 (falls nicht identisch)

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße, Nr.

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamtpreis

Datum, Unterschrift

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Neues Gesetz zu **400-Euro-Jobs** in Kraft

Eine gute Nachricht für Arbeitnehmer: Am ersten April 2003 trat die Reform für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Kraft. Union und Bundesregierung hatten sich im vergangenen Dezember auf eine entsprechende gesetzliche Regelung geeinigt. Dabei konnten CDU und CSU ihr Modell nahezu vollständig durchsetzen. Mit der Neuregelung erhöht sich die abgaben- und steuerfreie Verdienstgrenze von 325 auf 400 Euro. Jeder Arbeitnehmer kann einen Mini-Job künftig auch wieder im Nebenwerb ausüben.

Welche Änderungen sich ergeben haben, können Sie in dem von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Faltblatt nachlesen.



„Voller Erfolg: Die CDU setzt 400-Euro-Jobs durch.“

Bestell-Nummer: **2016**
Preis je **100 Stück: 16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de